

Verbesserungen für Pferdehaltung gefordert

Die Haltung von Einstellpferden kann eine interessante Alternative für Bauernhöfe sein. Es sind aber einige rechtliche Anpassungen nötig, bemängelt die Landwirtschaftskammer Niederösterreich.

Pferdehaltung, Pferdezucht und Reiterei haben für die heimische Landwirtschaft große Bedeutung. In der österreichischen Volkswirtschaft generiert der Sektor 1,1 Mrd. Euro an Wertschöpfung und schafft rund 24.000 Arbeitsplätze. Schon fünf Pferde bewirken einen Arbeitsplatz.

Damit die Bauern das Potenzial der Pferdewirtschaft optimal nutzen können, bedarf es aber entsprechender Rahmenbedingungen. Eine Änderung ist laut LK und dem Verband der NÖ Pferdezüchter insbesondere hinsichtlich der maximalen Anzahl von 25 Pferden bei der Einstellpferdehaltung im Rahmen der Landwirtschaft notwendig. Diese ist auf zwei Pferde je Hektar und in Summe 25 Einstellpferde pro Betrieb begrenzt. Innerhalb dieser Grenzen zählt die Pferdeeinstellung zur landwirtschaftlichen Urproduktion. Auch wenn ein Betrieb mehr Fläche zur Verfügung hat, dürfen nicht mehr als 25 Tiere eingestellt werden, sonst wird aus der Landwirtschaft ein Gewerbebetrieb. Um als bäuerlicher Familienbetrieb davon leben zu können, ist aber eine höhere Zahl an Einstellpferden notwendig, so die Kammer. Bei der

Hektarobergrenze wünscht man sich eine Anpassung an den Großvieheinheiten-Schlüssel bei Rindern im ÖPUL. Damit könnten auch Größe, Gewicht und der dementsprechende Futterbedarf der Pferde berücksichtigt werden.

Eine weitere notwendige Maßnahme betrifft die Umsatzsteuer für die Pferdeeinstellung. Umsätze unterliegen grundsätzlich dem Normalsteuersatz von 20 Prozent. Durch die Pferdepauschalierungsverordnung wurde die Möglichkeit geschaffen, sich optional einen Durchschnittssatz für den Vorsteuerbetrag pro eingestelltem Pferd und Monat in der Höhe von 27 Euro abzuziehen.

Die Landwirte produzieren Futtermittel, Heu, Getreide und Stroh als Einstreu hauptsächlich selbst, kaufen weder diese Mittel noch Dienstleistungen zu und können daher auch keine Vorsteuer geltend machen. In Zeiten der Teuerungswelle bedürfe es einer Entlastung der Betriebe, weshalb eine entsprechende Anpassung und Erhöhung der Vorsteuerpauschale gefordert wird.

www.pferdezucht-austria.at



NÖ. AGRARLANDESRAT
STEPHAN PERNKOPF



Heißer Sommer mit absurden Plänen

Wir befinden uns in einem heißen Sommer! Die Bauern spüren die hohen Temperaturen bei der Ernte, die Touristen bei ihren Ferienflügen. Viele von ihnen müssen vor Waldbränden evakuiert werden und heimfliehen. Auch bei uns rücken die Feuerwehren regelmäßig aus, weil Felder und Wälder in Flammen stehen. Oft reicht eine Glasscherbe oder eine weggeworfene Zigarette, und Feld und Flur werden ein Raub der Flammen. Daher sei allen, die sich in der freien Natur nicht auskennen, gesagt: Hirn einschalten! Weder ein Lagerfeuer bei Trockenheit noch eine weggeworfene Zigarette sind Kavaliersdelikte und können große Schäden anrichten.

Hirn einschalten würde derzeit auch anderen nicht schaden. In Irland sollen 200.000 Kühe für den Klimaschutz sterben. Denn um die im „Green Deal“ der EU festgelegten Ziele zu erreichen, soll ein absurdes Kuh-Massaker geplant werden. Dabei gehen solche Kuh-Killerkommandos völlig an der Realität vorbei. Die Bäuerinnen und Bauern schaffen uns täglich die besten Lebensmittel und schützen dabei auch das Klima und die Kulturlandschaft. Schreibtischtäter haben keine Ahnung von dieser harten Arbeit und auch keine Ahnung von der Natur. Die Produktion von einem Kilo Rindfleisch verursacht in Europa 25 Kilo CO₂, in Österreich sogar nur 18,5 Kilo. Im Mercosur-Land Brasilien dagegen gleich 107 Kilogramm CO₂, weil dafür Regenwald im großen Stil abgeholzt wird. Bei uns hingegen setzen die Milchviehbetriebe auf eine flächengebundene Landwirtschaft inklusive Weidehaltung. Durch das Abgrasen tragen die Kühe zur CO₂-Speicherung bei und schaffen

dabei Lebensmittel. Oder anders gesagt: Kein Mensch kann von einer Wiese abbeißen, das schaffen nur Wiederkäuer.

Ein anderes heißes Thema ist der Masterplan zur Wiederherstellung der Natur aus Brüssel, der zum Bauernenteignungsgesetz werden könnte. Auch hier kann man nur sagen: Lasst die Bauern arbeiten, statt sie zu enteignen. Gerade bei der Renaturierung von Flussläufen sind unsere Regionen schon jetzt Vorreiter. Laufend werden an Donau, March und vielen anderen Gewässern alte Nebenarme wieder angebunden. Das gibt dem Wasser Raum im Hochwasserfall und schafft Platz für Fische, Vögel und andere Arten. Wir sind vorbildlich bei der Wiederherstellung ökologischer Lebensräume. Und das ganz ohne Enteignungsfantasien.

Niemand weiß besser, wie wichtig ausreichend Wasser ist, als die Landwirtschaft. In Frankreich toben schon Verteilungskämpfe und Neid-Debatten darüber, was wichtiger ist: Bewässerung für trockene Äcker, um die Regale mit Lebensmitteln zu füllen, oder das Befüllen der Swimmingpools? Bei uns sind wir in der gesegneten Lage, dass wir genug Wasserreserven haben und das auch noch lange so bleiben wird. Regionale Unterschiede und Defizite müssen mit überregionalen Leitungen ausgeglichen werden, hier investieren wir genauso wie in die Bewässerung und in Speicherteiche, mit denen das Wasser in der Region gehalten wird. Und wenn manchem einmal die Hitze zu Kopf steigt, sorgt Wasser auch für die notwendige Abkühlung. Wir brauchen Klimaschutz mit Hausverstand, und für den steht unsere bäuerliche Landwirtschaft!

